Herbert Goldmann

Haushaltsrede 2010

Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Um es gleich zu Beginn meiner Rede direkt auf den Punkt zu bringen - würde es sich bei der Kreisverwaltung Unna um ein privat geführtes Unternehmen handeln, hätten wir nicht nur massive Liquiditäts-probleme, sondern wir wären faktisch bankrott.

Und da spekulieren an dieser Stelle ausnahmsweise mal erlaubt sein mag, höchst wahrscheinlich hätte die Staatsanwaltschaft bereits vor Jahren ein Verfahren wg. Insolvenzverschleppung gegen den Kreis eingeleitet.

Aber wir sind ja nun mal kein privates Unternehmen, sondern die "öffentliche Hand", da sieht dies - Gott sei`s gedankt - alles ganz anders aus.

Als Kreis können oder könnten wir uns ja entspannt zurücklehnen - mit trauriger Miene auf die erhöhten Anforderungen des Landschaftsverbandes und anderer Sozialleistungen verweisen, auf den Anstieg der Bedarfsgemein-schaften - und insbesondere bei den Bürgermeistern und Kämme-rern der kreisangehörigen Gemeinden um Verständnis nachsuchen, sie auf den Weg in die kommunale Handlungsunfähigkeit durch Erhöhung der Kreisumlage auf über 50% tatkräftig zu "unterstützen".

Um auch das an dieser Stelle bereits ganz deutlich zu sagen, substantielle Bemühungen zur Aufgabenkritik habe **ich** nach der Einbringung des Haushaltes nicht wahrgenommen. Und daran ändern die Giftliste der Finanzverwaltung und der " Notruf" der Kämmerer aus allen Kreisstädten vom 01.12. d.J. im Wesentlichen

nichts.

Entschlossenheit sieht anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Dieser Haushalt ist für den Kreis und für die kreisangehörigen Kommunen schlichtweg ein Desaster.

Die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, dass die ersten Gemeinden ihre Gehälter nicht mehr werden zahlen können.

Natürlich kenne ich - wie Sie - all die aufgeregten Stimmen, die einwenden, dass es doch mindestens dreiviertel der Kommunen und sonstigen Gebietskörperschaften in NRW ähnlich, wenn nicht noch bedeutend schlechter gehen würde, dass die NRW-Kommunen aktuell rd. 17 Milliarden € an Schulden und Kassenkrediten angehäuft haben und ich - unterstelle mal - haben Brigitte Cziehso und Willi Jasperneite als meine Vorredner in eindrucksvollen Worten die finanzielle Situation der öffentlichen Hand und damit auch die des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden beschrieben haben - verbunden mit der Forderung nach einer unverzichtbaren Neuausrichtung der Gemeindefinanzausstattung durch Land und Bund.

Alles richtig - **natürlich** muss man den Kommunen die Chance geben, um zu überleben und natürlich ist die Forderung richtig, dass Bund und Länder endlich anfangen, die Musik, die sie bestellen, auch endlich selbst zu bezahlen, **aber** - meine Damen und Herren, ändern diese Forderungen oder Zustandbeschreibungen real irgend etwas?

Bund und Länder haben heute kein Geld um die Kommunen finanziell zu entlasten; sie haben es morgen nicht und übermorgen auch nicht.

Und was die NRW-Landesregierung angeht, so hat Innenminister Ingo Wolf am 03.12 doch deutlich erklärt, dass das Land von der Wirtschaftskrise genauso gebeutelt sei, der Landeshaushalt keine

Gelddruckmaschine wäre und die Kommunen sich doch gefälligst von Aufgaben trennen sollen.

Wie sagte es der Kommentar in der WR an diesem Tage zutreffend: ein Schlag ins Gesicht von Ertrinkenden - gemeint waren die Kommunen - die Landesregierung gibt ihren Schützlingen in der Stunde der größten Not einen Korb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Wir müssen endlich die Illusion begraben, dass andere uns helfen werden, so bitter das auch sein mag.

Allein die jetzigen Beschlüsse der neuen Regierung belasten den NRW- Haushalt mit zusätzlich 3,4 Milliarden plus der 1.4 Milliarden für Maßnahmen, die noch die Große Koalition beschlossen hat.

Und nur zur Erinnerung :
Der beschlossene Schuldendeckel für Bund und Länder hat Verfassungsstatus; das **Grundgesetz** wurde **deshalb** geändert.

Die Forderung nach einer Änderung der kommunalen Finanzausstattung mag ja richtig sein, wir sollten nur nicht darauf vertrauen.

Wenn wir nicht alle gewachsenen Strukturen zerschlagen wollen, wie dies seinerzeit die SPD mit Wildwasser praktiziert hat, dann müssen wir erkennen und akzeptieren, dass wir nur auf den strategischen Handlungsebenen Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Wir können natürlich weiterhin versuchen, dieselbe Zitrone auch zum 21. Mal auszupressen.

Bei mir verfestigt sich leider der Eindruck, dass es dem Kreis und den Kommunen immer noch nicht schlecht genug geht, um ernsthaft alle Möglichkeiten zur interkommunalen Kooperation auszuschöpfen, auch wenn dies - und das räume ich gerne ein, nicht ansatzweise ausreichen würde, den Anstieg der Aufwendungen auszugleichen.

Wie sonst ist es zu erklären, dass es selbst bei **diesen** Haushaltsdaten auf der Kreisebene nicht möglich war, ernsthaft über die Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen zu verhandeln.

Vorschläge habe ich gemacht.

Viel wichtiger als die reale Ersparnis wäre ein solcher Schritt aber als politisches Signal nach innen und außen gewesen.

Ich könnte Ihnen nun eine Vielzahl von Beispielen nennen, bei denen z.B. eine interkommunalen Zusammenarbeit möglich und wünschenswert wäre und deswegen finde ich es fast schon absurd, wenn in dem genannten Notruf der Kreisstädte unter Ziffer 9 - Ausbau der Kooperation - die Forderung nach: Synergien unterstützen durch gemeinsame Bauhöfe genannt wird.

Das hatten wir doch schon mal.

Den Grünen wurde damals vorgeworfen Kreisarbeitsplätze vernichten zu wollen.

Weitere Beispiele, wie ernst es allen ist:

- die aktuelle Diskussione um das Freizeitbades Unna-Massen,
- die Verweigerung zur schulischen Zusammenarbeit zwischen Holzwickede und Unna
- das Festhalten an der bestehenden Doppelstruktur auf der Ebene der Wirtschaftsförderung mit Mehrkosten in 6stelliger Größenordnung.

- ein positives Beispiel aus der Nachbarschaft:
Die von Pricewaterhouse Coopers ermittelten Synergieeffekte in einer intensivierten Kooperation der Stadtwerke Iserlohn und Menden durch ein gemeinsames Netzbetriebssystem belaufen sich auf rd. 6 Mio.€ per anno.

Haben Sie eine Vorstellung, welche Mittel auf der Kreisebene alleine hier zu heben wären?

An Vorschlägen der Grünen, z.B. zum Aufbau einer kreisweit agierenden Energieagentur, die sich natürlich auch mit solchen Ideen auseinander setzen müsste, hat es - da werden Sie mir recht geben müssen - wahrlich nicht gefehlt.

Aber die größte Versuchung in der Politik ist leider oft - zu oft - der Weg des geringsten Widerstandes. **Neue** Wege zu beschreiten fällt anscheinend auch hierunter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen den Mut, in einer **zugegebener** Maßen äußerst schweren Situation, Dinge anders zu sehen und zu begreifen.

Für eine Verwaltung mit ihrer betriebswirtschaftlichen Grundausrichtung ist dies systembedingt nahezu unmöglich.

Auch hier ein Beispiel?

5000 Nutzer des Sozialtickets bringen bei einem monatlichen Entgelt von 15€ über die Dauer eines Jahres rd. 900.000€ in die Kassen der VKU.

Es wird kein einziger neuer Bus angeschafft und auch kein einziger neuer Busfahrer zusätzlich eingestellt. Trotzdem schafft es die Verwaltung die Kosten des Sozialtickets im Haushaltsentwurf für 2010 mit rd. 800.000€ auszuweisen.

Meine Damen und Herren,

Das ist bei ausschließlicher Betrachtung der inneren Rechnungsführung formell sogar alles korrekt, konkret bedeutet eine solch eingeschränkte Betrachtungs- und Darstellungsweise im Ergebnis aber das Ende aller innovativen Ansätze.

Nach dieser Denkweise würden wir die Beförderungskosten am stärksten minimieren, wenn zukünftig die Busse im Kreis ohne Passagiere oder die Bäder ohne Nutzer betrieben würden, da ja jeder Gast subventioniert wird.

Auch hier zur Erinnerung:

Alle Betreuungseinrichtungen sprechen begeistert von ihren positiven Erfahrungen, von den Menschen, die aufgrund ihrer wiedergewonnenen Mobilität an Schul- und Weiterbildungsangeboten teilnehmen, am sportlichen und kulturellen Geschehen in ihrer Region, Vorstellungen für eine Arbeitsstelle nicht platzen lassen, sondern sich zum Teil nunmehr selbst bemühen - in nicht wenigen Fällen mit Erfolg bei der Suche nach einer Arbeitsstelle, aber **so etwas** erfährt die Politik ja nicht.
Belastbare Zahlen stehen nicht auf der Positivseite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Wir können doch allen Ernstes nicht diejenigen, die eh schon am Rand der Gesellschaft stehen zum Spielball der Politik machen.

Und deswegen werden die Grünen ihre Zustimmung zum Haushalt davon abhängig machen, ob unserem Antrag auf Aufrechterhaltung des Sozialtickets für diese Legislaturperiode unter den beantragten Konditionen mehrheitlich zugestimmt werden wird.

Ein anderes Beispiel?

Wir zahlen alleine jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag für die Heiz- und Energiekosten der “Bedarfsgemeinschaften”.
Kosteneinsparungen von 30 % bis hin zu 70% erscheinen möglich.
Nur - die Unterkünfte gehören i.d.R. nicht dem Kreis.

Investieren in einen fremden Wohnungsbestand?
Den Vermieter reich machen?
Was ist, wenn die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zurückgeht?

Unmöglich; obwohl jeder von uns weiß, dass dies der einzig erfolgversprechende Weg sein kann.
Bei einer Amortisationszeit bei angenommenen 30% profitiert die öffentliche Hand bereits nach gut drei Jahren; aber wir diskutieren lieber 5 und machen dann immer noch nichts.

Meine Damen und Herren,

Es fehlt nicht nur an Geld - es fehlt in erster Linie am Mut und der Bereitschaft die ausgetretenen Pfade, die alle in einer Sackgasse münden, zu verlassen.
Geld für Energiesparmaßnahmen im Rahmen von Sofortprogrammen für den privaten Wohnungsmarkt und für die Wohnungsgesellschaften wären vonnöten.
Nicht für alle Bedarfsgemeinschaften, sondern sukzessive für die, die traditionell für diese Menschen vorgehalten werden.

Natürlich muss man in Vorleistung gehen,- will man dies nicht, bedeutet es faktisch ein Festschreiben eines ständig ansteigenden Kostenblocks.

Ich wiederhole mich gerne:
Der Kreis Unna hat doch nur die Chance sich strategisch zu positionieren, will man vorhandene Strukturen nicht zerschlagen und nicht auf das Wunder einer höheren Mittelzuweisung rechnen.

Die Grünen haben deshalb vorgeschlagen, die vorhandenen Kompetenzen des Hauses in den Handlungsfeldern Wirtschaft - Arbeit und Soziales in einer Koordinierungsstelle zu bündeln und zu vernetzen und eine schlagkräftige Einheit zu installieren, die ggf. auch Millionen an EU-Fördermittel für den Kreis generiert. Dass hier eine wesentliche Schwachstelle liegt, ist allen bekannt.

Es geht mir überhaupt nicht - wie oftmals unterstellt - **vordergründig**

um Kritikansätze an der Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft oder des Geschäftsführers.

Die WFG ist mit ARGE und dem Kreis Teil des “magischen Dreieckes” im Zusammenspiel von Wirtschafts- Sozial und Arbeitsmarktpolitik.

Der Landrat verweist auf seine Organisationsgewalt und Personalhoheit und darauf, dass es sich nicht abschätzen lasse, wie die Diskussion um die Arbeitsvermittlung ende.
Wenn der Landrat “sein” Vorwort zu dem m.E. wirklich beeindruckenden Sozialbericht gelesen hätte, würde er erkennen, dass sowohl Einschätzungen und hieraus ableitende Erkenntnisse deckungsgleich mit diesen grünen Forderungen sind.

Meine Damen und Herren,
wir werden immer eine “ARGE” haben, egal wie diese heißt, unter welcher Führung oder Beteiligung sie steht und wer das Sagen hat.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit Anfang d.J. von rd. 18.000 auf nunmehr rd. 22.000 angestiegen. Die Zahlen kennen Sie alle.

Die prognostizierten Zahlen für 2010 auch.

Deshalb auch hier der Antrag der Grünen für die heutige Sitzung, dass Optionsmodell für den Kreis Unna zu beantragen um die kommunalen Einflussmöglichkeiten zu nutzen.

Wenn nicht jetzt, wann wollen wir handeln?

Und damit bin ich bei uns - bei den Mitgliedern des Kreistages. Ich hoffe, Sie ordnen die nachfolgenden Sätze richtig ein.

Sie gehen ansatzweise in die Richtung, die der Landrat bei der Verabschiedung der Kreistagsmitglieder am 23.11 auf Opherdicke vertreten hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir alle leisten einen hohen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie, sowohl in den Städten, als auch im Kreis. Wir investieren sehr viel Zeit, auch viel Freizeit, um die Verhältnisse vor Ort zu gestalten.

Entscheidend ist aber vielmehr, das Bürger und Steuerzahler von uns genau auch dies erwarten dürfen; nämlich eine engagierte Politik eines jeden von uns in den Räten und im Kreistag.

Gerade in Zeiten, in denen die finanziellen Mittel so knapp wie nie sind, reicht eine pure Anwesenheit und das Durchwinken von Verwaltungsvorlagen nicht aus.

Ich bin sicher, wir haben eine hohe persönliche und fachliche Qualität in allen Kreistagsfraktionen.

Leider wurde diese - erlauben Sie mir diese persönliche Einschätzung - in der Vergangenheit nicht immer eingebracht, aber angesichts der vielen “neuen Gesichter” im Kreistag bin ich positiv gestimmt, dass mit den neuen Gesichtern auch neue Ideen und Ansätze Einzug halten können.

Ansätze zu einem anderen Politikverständnis habe ich Ihnen zumindestens einige benannt.

Meine Damen und Herren,

Wir sollten uns - auch wenn es heute primär um den Haushalt geht; ich möchte mich korrigieren, gerade weil es heute um den Haushalt kurz nach den Kommunalwahlen geht - uns noch einmal klar machen:

Demokratie - auch im Kreis Unna - lebt vom Mitmachen aller Bürger.

Wenn sich wachsende Bevölkerungsgruppen abwenden, sich nicht mehr politisch engagieren, nicht einmal mehr den Weg zur Wahlurne antreten - und Sie kennen die Wahlbeteiligung hier im Kreis -, dann bekommt das System - unser System - eine gefährliche Schieflage.

In einer lebendigen Demokratie brauchen gerade die Schwachen eine Lobby, um ihren Bedrüfnissen Geltung zu verschaffen.

Wir haben - auch das im Kreis - einen Teufelskreis aus mangelnder Bildung, zunehmender Armut und dem Rückzug in die Resignation.

Menschen, die nicht mehr darauf vertrauen oder vertrauen können, dass der Staat für sie ein Angebot hat, kehren ihm eines Tages den Rücken.

Immer mehr ältere Menschen werden künftig mit Minijobs ihre Rente aufbessern müssen. Allein in Dortmund nahm die Zahl der Ü-65-Arbeiter zwischen 2003 und 2007 um fast 50 % zu.
Es ist häufig die pure Not, die Menschen dazu zwingt, ihren kargen Lebensunterhalt aufzubessern.

Die Zahl der Seniorinnen und Senioren, die von ihrer Rente allein nicht leben können - wird auch im Kreis Unna weiter ansteigen.
Wir haben hier bereits mehrere tausend Menschen, die - trotz Vollzeitstelle - ergänzende Hilfen beziehen; der Landrat hat oft genug hierauf hingewiesen.

Die Folgen sind klar - wer wenig verdient, zahlt auch nur geringe Rentenbeiträge; aus der Lohnarmut wird zwangsläufig eine Altersarmut, wenn die Entlohnung das Existenzminimum nicht mehr sichert.

Nach Rüdiger Sparbrods zutreffender Analyse ist im Kreis Unna mittlerweile jeder 6. Einwohner arm.

Auch hierum - meine Damen und Herren - müssen wir uns kümmern.

Fehlt es den Menschen und den Familien im Kreis an der notwendigen Finanzausstattung, ist der nächste Themenschwerpunkt bereits vorgegeben.

Förderung und Bildung

Jedes Kind im Kreis Unna hat ein Recht auf bestmögliche Förderung.

Deshalb treten die Grünen für einen Rechtsanspruch auf eine qualitiativ hochwertige und vor allem ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein.

Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für unsere Kindertageseinrichtungen.

In diesen frühen Jahren werden die Weichen für das spätere Leben unserer Kinder gestellt.
Kinder, die **keine vernünftige** Bildung haben, bekommen als Jugendliche keinen Ausbildungsplatz.
Jugendliche ohne Ausbildung werden in der Regel zu Erwachsenen ohne Job.
Erwachsene **ohne** Job landen bei der ARGE und damit bei Hartz IV und sind damit ihrerseits nicht in der Lage, **ihren** Kindern eine vernünftige Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.

Der Teufelskreis im System sollte Ihnen nicht verborgen geblieben sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen;

Ich könnte - vielleicht müsste ich es sogar - an dieser Stelle etwas über die Notwendigkeit eines zweiten öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, die völlig unzureichenden Kindersätze für Hartz IV-Bezieher, über die katastrophalen Bedingungen der Bildungschancen für Migrantinnen sagen, über die Notwendigkeit eines Ausbildungspaktes für Hauptschulabsolventen, über den von der CDU-Dortmund ins Spiel gebrachten Integrationsvertrag für Zu-

wanderer, allein dies würde den Umfang meiner Haushaltsrede sprengen.

Also komme ich zum Ende:

Vielen Dank an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Kreisgesellschaften - insbesondere der GWA und VKU, den Kolleginnen und Kollegen der ADU und aller übrigen sozialen, caritativen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen, die täglich einen tollen Job machen; der Verwaltungsführung mit dem Landrat an der Spitze - und auch Ihnen meinen Damen und Herren aus dem Kreistag, dass Sie mir so lange zugehört haben.

All Ihnen möchte ich - neben dem Dank - Glück und Mut wünschen, für die schwierige Zeit, die vor uns liegt.

Glück auf.